

Vijay Prashad – Julian Assange, Gaza, Ukraine & Terroranschlag in Russland

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank für Ihr Interesse heute und willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber, Zain Raza, und heute spreche ich mit Vijay Prashad, Journalist, Historiker und Autor von mehr als 30 Büchern, darunter *The Withdrawal: Iraq, Libya, Afghanistan, and the Fragility of US Power* und *Washington Bullets: Geschichten der CIA, Verschwörungen und Auftragsmorde*. Vijay, willkommen zurück.

Vijay Prashad (VP): Herzlichen Dank. Schön, bei Ihnen zu sein.

ZR: Ich möchte dieses Interview mit dem Fall des Journalisten und Wikileaks-Gründers Julian Assange beginnen. Assange droht die Auslieferung an die Vereinigten Staaten, da er 2010 und 2011 vertrauliche US-Dokumente auf Wikileaks veröffentlichte, die Kriegsverbrechen der USA im Irak und in Afghanistan aufdeckten. Er flüchtete daraufhin in die ecuadorianische Botschaft in London, wo er Asyl erhielt, jedoch 2019 von den britischen Behörden verhaftet wurde und seitdem im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh, auch bekannt als das britische Guantanamo Bay, festgehalten wird. Vor einigen Tagen entschied der Oberste Gerichtshof des Vereinigten Königreichs, dass Assange erst nach Zusicherungen der USA ausgeliefert wird, die den Schutz der Meinungsfreiheit für Assange beinhalten, und dass ihm in den USA nicht die Todesstrafe droht. Das Gericht erklärte auch, dass Assanges Anwaltsteam eine neue Berufung einlegen kann, falls diese Zusicherungen nicht eingehalten werden. Können Sie sich zu den jüngsten Gerichtsentscheidungen äußern und auch über die Bedeutung dieses Falles sprechen?

VP: Beginnen wir mit dem Urteil der britischen Gerichte. Es ist eine interessante Situation, denn es gibt keine Beweise für die Übernahme dieser Garantien durch die Vereinigten Staaten. Es gibt keine Beweise. Ich meine, die Vereinigten Staaten haben so etwas noch nie getan. Es ist also unwahrscheinlich, dass sie diese Garantien geben werden. Was bedeutet das nun für Assange? Julian sitzt seit fünf Jahren in einem Gefängnis, in dem er keine Redefreiheit hat. Es ist interessant, dass die britischen Gerichte ihm Redefreiheit zusichern,

sollte er in die Vereinigten Staaten kommen. Aber wo hat er denn im Vereinigten Königreich Redefreiheit gehabt? Wissen Sie, er wird im Grunde in Isolationshaft gehalten. Man kann nicht wirklich ein Interview mit ihm führen und dergleichen mehr. Interessant ist auch die Frage bezüglich der Todesstrafe. Diese Gefängnisse sind harsch und sein Gesundheitszustand hat sich in Belmarsh verschlechtert. Was bedeutet es, über die Todesstrafe in diesem Kontext einer so harten Haft zu sprechen? Ich halte es also für interessant. Dies ist ein kleines Spiel, das zwischen dem britischen und dem amerikanischen Rechtssystem gespielt wird. Herr Assange könnte sehr wohl in den Hausarrest entlassen werden, während das Verfahren andauert. Warum sollte man ihn in einem Hochsicherheitsgefängnis unterbringen? Er hat doch niemandem etwas getan. Er ist kein Mörder, Serientäter, Terrorist oder dergleichen. Dieser Mann ist ein Journalist, ein Verleger. Warum wird er dort festgehalten? Wieso gibt es dieses juristische Gerangel zwischen dem Vereinigten Königreich und den USA? Warum lässt man ihn nicht einfach in der ecuadorianischen Botschaft ausharren, ohne ihm viel Bewegungsfreiheit zu gewähren? Um Himmels willen, legt ihm eine Fußfessel an und lasst ihn in den Häusern beliebiger Leute verweilen. Die Leute haben ihre Türen für ihn geöffnet. Soweit so gut. Dann stellt sich die Frage seiner Beteiligung an dieser Angelegenheit. Ich arbeite schon sehr lange als Journalist, und ich stand mit Julian Assange in Kontakt, bevor er Wikileaks gründete. Wir hatten uns darüber ausgetauscht, was es bedeuten würde, ein System einzurichten, an dem er interessiert war und in dem Whistleblower mit einer gewissen Sicherheit ihre Informationen hinterlegen könnten. Und tatsächlich haben er und sein Team ein ziemlich gutes System eingerichtet, bei dem Whistleblower Informationen einreichen können, über die dann, wenn sie im öffentlichen Interesse sind, Journalisten schreiben können. Ich meine, man kann Informationen einreichen, aber wenn sie nicht im öffentlichen Interesse sind, entscheidet der Herausgeber, sie nicht zu übertragen. Das ist doch auch möglich, oder? Jemand kann Informationen veröffentlichen, die für eine Person schädlich sind, die aber skandalös sind und nicht wirklich im öffentlichen Interesse liegen.

Es war nicht Julian Assange, der in die Computer des US-Außenministeriums eingedrungen ist. Es war Chelsea Manning. Sie war eine Whistleblowerin, die sich über das, was sie auf dem Computer gesehen hat, erschüttert fühlte. Er ist derjenige, der die Informationen geliefert hat. Sie hat das Gesetz gebrochen, um genau zu sein. Sie ist diejenige, die als Whistleblowerin gegen das Gesetz verstoßen hat, weshalb sie strafrechtlich verfolgt und dann von Barack Obama begnadigt wurde. Sie ist diejenige, die gerichtlich belangt und begnadigt wurde. Hier wurde das Verbrechen begangen, wenn man das überhaupt als Verbrechen bezeichnen kann, nicht wahr? Assange erhielt die Informationen als Verleger und Journalist und gab sie dann an Journalisten weiter, darunter auch an mich. Ich habe seinerzeit über einige der Depeschen geschrieben. Warum also gegen Assange vorgehen? Was liegt gegen Julian vor? Niemand behauptet, dass Julian in die Computer des Außenministeriums eingebrochen ist. Er wird verfolgt, weil er Material veröffentlicht hat, das ihm eine Whistleblowerin gegeben hat. Es wäre so, als ob die Washington Post und ihre Redakteure ins Gefängnis kämen, weil sie die Pentagon-Papiere von Daniel Ellsberg erhalten haben. Daniel Ellsberg hat ein Verbrechen begangen, allerdings als Whistleblower. Und er gab das Material an die Washington Post weiter. Aber die Washington Post wurde nicht strafrechtlich verfolgt. Dies ist also ein sehr interessanter Fall, bei dem es im Grunde um einen Angriff auf

Verleger geht. Und interessant finde ich, dass alle großen Publikationen, die das Material veröffentlicht haben, The Guardian, The New York Times und so weiter, Julian Assange einfach in eine Art Fegefeuer geworfen zu haben scheinen. Sie scheinen nicht der Ansicht zu sein, wenn er schon untergeht, dann sollten sie mich mit ihm untergehen lassen. Sie verhalten sich nicht solidarisch bezüglich seiner Taten, nämlich der Veröffentlichung des Materials des US-Außenministeriums. Es ist also ein echtes Verbrechen, dass die breiten Medien nicht zu seiner Verteidigung gekommen sind. Und es ist auch ein echtes Verbrechen, dass dies ohne Berücksichtigung der Tatsache, dass er kein Verbrechen begangen hat, andauert

ZR: Wechseln wir an dieser Stelle das Thema und konzentrieren wir uns auf die internationalen Entwicklungen rund um Israel und den Gazastreifen. Am 25. März konnte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Resolution verabschieden, die einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza fordert. Diese Resolution konnte aufgrund der Stimmenthaltung der Vereinigten Staaten verabschiedet werden, die damit ihr seit den Angriffen der Hamas am 7. Oktober praktiziertes Veto gegen Resolutionen zu diesem Thema aufgeben. Die Resolution fordert einen Waffenstillstand im Gazastreifen während des muslimischen Fastenmonats Ramadan sowie die Freilassung aller von der Hamas festgehaltenen Geiseln. Das Büro des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu erklärte daraufhin, dass es keine hochrangige Delegation nach Washington entsenden werde, die in dieser Woche eintreffen sollte, um über Israels Kriegspläne zu diskutieren. Darüber hinaus haben sich führende Persönlichkeiten wie US-Präsident Joe Biden und Außenminister Antony Blinken deutlich zu Israels bevorstehender Militäroperation Rafah geäußert und diese als rote Linie bezeichnet. Sie haben davor gewarnt, dass diese Militäroperation verheerende Auswirkungen auf die rund 1,4 Millionen Menschen haben könnte, die dort Zuflucht suchen, und dass sie die humanitäre Krise im Inland verschärfen und Israel international weiter isolieren könnte. Trotz dieser Warnungen hat sich Benjamin Netanjahu offen über die USA hinweggesetzt und erklärt, dass er seine Militäroperation Rafah mit oder ohne die USA fortsetzen werde. Israel hat die Bombardierung von Rafah fortgesetzt und erst gestern laut Reuters Dutzende von Menschen getötet, wobei allein bei einem Luftangriff elf Zivilisten aus einer einzigen Familie ums Leben kamen. Bislang hat Israel 32.000 Zivilisten getötet und weitere 75.000 schwer verletzt, die meisten von ihnen Frauen und Kinder. Laut großen Teilen der deutschen Medien zeigen uns die Stimmenthaltung der USA im UN-Sicherheitsrat sowie die Betonung der roten Linie Rafah durch die USA einen deutlichen Bruch bzw. eine erhebliche Uneinigkeit zwischen den USA und Israel. Wie bewerten Sie diese Entwicklungen?

VP: Meiner Meinung nach gibt es eine Reihe von Dingen, die man beachten sollte. Erstens: Im November dieses Jahres finden in den Vereinigten Staaten Präsidentschaftswahlen statt. Mr. Biden wird gegen Donald Trump antreten. Bei den Vorwahlen zur Kandidatur der Demokratischen Partei im Bundesstaat Michigan haben etwa 10.000 Menschen ohne Stimmabgabe gewählt. Diese Kampagne wurde in Michigan von pro-palästinensischen Aktivisten angeführt. 10.000 Menschen sind eine beachtliche Zahl, die nicht gewählt haben. Die Botschaft ist angekommen. Sie sind nicht bereit, nicht nur für Herrn Biden zu stimmen, sondern auch für ihn zu werben. Wenn viele der jungen Aktivisten, die eher zur Linken tendieren, nicht für Mr. Biden in den Wahlkampf ziehen, wird er eine magere Wahlaison

erleben. Die Leute werden einfach nicht an die Türen klopfen und für ihn werben. Was Herrn Biden wirklich beunruhigt, ist die Tatsache, dass er die Wahl im November aufgrund der Gaza-Frage verlieren wird. Es gab also einige lautstarke Hinweise darauf, dass die Vereinigten Staaten ihr Bestes tun, um diesen aktuellen Willen der Vereinigten Staaten, die sehr verärgert über die Biden-Regierung sind, zu beschwichtigen. Bei einer Protestveranstaltung sagte Biden: „Habt Geduld mit ihnen, sie haben nicht ganz Unrecht“. Wissen Sie, sie versuchen verzweifelt, zwischen Tel Aviv und der liberalen Linken in den USA zu vermitteln, die sich wirklich von Biden abwendet. Das ist natürlich einer der Gründe, warum der Ton in der Frage des Völkermordes in Gaza etwas weicher geworden ist.

Zweitens hat die Regierung der Vereinigten Staaten ganz eindeutig eine echte Schwerpunktverlagerung im Globalen Süden festgestellt. Die meisten Länder des Südens unterstützen jetzt Palästina. Es war äußerst peinlich, den deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz mit dem malaysischen Premierminister Anwar Ibrahim zu beobachten, als Herr Scholz sagte: „Wir sollten nicht vergessen, dass wir an der Seite Israels stehen“ usw. Und Anwar Ibrahim fragte: „Was ist denn aus Ihrer Menschlichkeit geworden? Haben Sie überhaupt noch einen moralischen Kompass?“ Eine sehr kraftvolle Aussage – der Videoclip ging viral. Ich denke, die Vereinigten Staaten sind sich der Tatsache bewusst, dass sich die Länder des Globalen Südens in der Palästina-Frage gegen den Westen, den Globalen Norden gewandt haben. Und sie wollen einige dieser Länder auf ihre Seite zurückholen. Südafrika hat Israel vor dem Internationalen Gerichtshof verklagt, und dann gab es diese neuen Fälle, wie Nicaragua, die Auseinandersetzung mit Deutschland und so weiter. Das hat eine Botschaft an die UN gesendet. Das ist also der zweite Grund, warum der Ton etwas weicher geworden ist. Drittens halte ich es für wichtig, dass in einem Krieg nur eine bestimmte Menge toleriert werden kann. Man tötet 32.000 Zivilisten, setzt die palästinensische Bevölkerung in Gaza unter enormen Druck, und es gibt keinen Endpunkt, wo soll das enden? Werden sie alle getötet? Sollen alle Palästinenser nach Ägypten vertrieben werden? Was ist der Endpunkt? Was ist das für ein Sieg für die Israelis? Da die Israelis keine Vorstellung von einem Sieg haben, wissen sie auch nicht, wie ein Sieg aussehen könnte, abgesehen davon, dass sie alle Palästinenser massakrieren. Ich denke, das ist jetzt wirklich die rote Linie für die USA. Die Menschen fragen sich: Was wird der Sieg bedeuten? Werden sie alle umbringen? Das lässt sich nicht aufrechterhalten. Das ist der dritte Punkt. Aber ich möchte das alles nicht überbewerten, denn gleichzeitig beliefern die Vereinigten Staaten Israel weiterhin mit Waffen. Deutschland beliefert Israel weiterhin mit Waffen, das hat nicht aufgehört. Der Ton ist aus politischen Gründen etwas leiser geworden, aber im Grunde genommen geht die logistische, militärische und bis zu einem gewissen Grad auch die diplomatische Unterstützung weiter. Übrigens verhielten sich die Vereinigten Staaten, nachdem sie sich bei der Abstimmung über die Waffenstillstandsresolution der Stimme enthalten hatten, äußerst ungehalten. Sie fingen an, zu behaupten, es handele sich um eine nicht bindende Resolution. So etwas wie eine unverbindliche Resolution des UN-Sicherheitsrates gibt es nicht. Es gibt eine unverbindliche Erklärung. Man nennt sie eine Erklärung des Präsidenten. Der Präsident des Rates, in diesem Monat ist es Japan, kann eine Erklärung abgeben, in der es heißt: Wir rufen zu einem Waffenstillstand auf, das wäre nicht bindend. Aber eine Resolution des UN-Sicherheitsrates ist immer bindend. Es war etwas ungeschickt, dass hohe Beamte der

US-Regierung, John Kirby und andere, herumliefen und verkündeten, es sei nicht wichtig, es sei nicht bindend. Es ist sehr wohl bindend. Und ob Israel zu irgendeinem Zeitpunkt die Strenge dieser Resolution anerkennen wird, ist eine andere Frage. Aber sie ist auf jeden Fall bindend, und sie kommt sicherlich aus einer politischen Notlage, in der sich die US-Regierung befindet. [00:14:13][217.2]

ZR: Letzte Woche kündigte Israel die größte palästinensische Landbeschlagnehmung seit den Osloer Vereinbarungen von 1993 an. Diese Beschlagnehmung, oder genauer gesagt, die Annexion von Land, wird etwa zehn Quadratkilometer im Westjordanland umfassen. Nach Angaben der in Israel ansässigen Menschenrechtsgruppe B'Tselem befinden sich mehr als 40 % des Westjordanlandes unter der Kontrolle israelischer Siedler. Obwohl der Westen die israelische Annexion palästinensischen Landes regelmäßig kritisiert und die Auffassung vertritt, dass sie die Zwei-Staaten-Lösung untergräbt, wurden bislang nie handfeste Konsequenzen wie Sanktionen verhängt. Es wurden lediglich einzelne Siedler, die Gewalttaten begehen, sanktioniert, nicht aber die gesamte Siedlungspolitik Israels. Als Russland zum Beispiel 2014 die Krim annektierte, berief sich der Westen nicht nur auf das Völkerrecht, sondern suspendierte Russland auch von der G8 und verhängte weitreichende Wirtschaftssanktionen. Warum glauben Sie, dass der Westen bei der Berufung auf das Völkerrecht und der Verhängung von Sanktionen mit zweierlei Maß misst, wenn Sie dies mit der Ukraine und Palästina vergleichen, und glauben Sie, dass eine Zwei-Staaten-Lösung zum jetzigen Zeitpunkt immer noch möglich ist?

VP: Die Entwicklung war sehr interessant zu beobachten. Die chinesische, die indische und andere Regierungen bekräftigen die Zwei-Staaten-Lösung zu diesem Zeitpunkt. Warum sprechen sie alle über die Zwei-Staaten-Lösung? Ich halte sie nicht für das Wichtigste, was es zu beachten gilt. Sie erwähnen die Zwei-Staaten-Lösung zu diesem Zeitpunkt, um zu zeigen, dass sie eine Annexion des Gazastreifens nicht ignorieren, nicht zulassen und nicht legalisieren werden. Die Israelis haben über die Annexion des Gazastreifens gesprochen. Der Gazastreifen ist einer der drei Bestandteile des Staates Palästina, die anderen beiden sind das Westjordanland und Ostjerusalem. Wenn diese Länder jetzt von der Zwei-Staaten-Lösung sprechen, dann sagen sie damit nur, dass sie die Annexion des Gazastreifens nicht zulassen werden. Ich möchte das nur als Randbemerkung anbringen. Ich werde in einer Minute auf die Zwei-Staaten-Lösung zurückkommen. Diese Annexion von Land hat von Anfang an stattgefunden. Im Jahr 1994 unterzeichneten die Israelis und die Palästinenser das Osloer Abkommen, in dem festgelegt wurde, dass die Palästinenser den Staat Israel akzeptieren müssen, im Gegenzug aber einen Staat erhalten, der die drei Teile Westjordanland, Ostjerusalem und Gaza umfasst. Außerdem sollte die Bewegungsfreiheit der Palästinenser zwischen diesen drei Gebieten garantiert werden. Das war das Oslo-Abkommen. Vor allem im Westjordanland stellte sich die Frage, welche Gebiete unter wessen Sicherheitskontrolle gestellt werden sollten. Die Israelis beanspruchten einige Gebiete, von denen sie sagten, sie seien besetzt. Das war die Vereinbarung. Vom ersten Tag an verletzen die Israelis einen der Grundsätze von Oslo, nämlich den freien Personenverkehr zwischen den drei Gebieten. Sie verhinderten den freien Durchgang vom Westjordanland und Ostjerusalem nach und aus dem Gazastreifen, und sie verhinderten effektiv durch Kontrollpunkte den freien Durchgang vom

Westjordanland nach Ostjerusalem. Und sehr schnell entstanden im Westjordanland, in Ostjerusalem und im Gazastreifen Siedlungen. Sie begannen, das Land einfach zu übernehmen. Es war außergewöhnlich, wobei die Kritik gedämpft wurde. Es war, als ob die israelische Regierung, nachdem sie das Osloer Abkommen unterzeichnet hatte, dieses sofort verletzen durfte. Und es ist nicht nur das. Ursprünglich wurden viele dieser Siedlungen mit privaten US-Geldern finanziert. In den Vereinigten Staaten sammelte man Geld, um Siedlungen im Westjordanland, im Gazastreifen und in Ostjerusalem zu bauen und damit ungestraft davonzukommen. Sie führten Geld zurück oder bekamen dafür Geld aus den Vereinigten Staaten. Sie kamen und taten nichts. Sie haben es nicht verhindert. Es wurde nicht einmal erwähnt. Nichts. Sie haben es geschehen lassen. Und nun sind wir an dem Punkt angelangt, wo im Westjordanland und in Ostjerusalem bedeutende Landstriche von der israelischen Regierung durch das Militär annektiert und von privaten Siedlern annektiert worden sind. Die US-Regierung hat zwar einige der extremsten privaten Siedler sanktioniert, nicht aber die illegalen Siedlungen. Der Internationale Gerichtshof hat im Jahr 2002 eine Klage aus Südafrika erhalten. Das ist jetzt 20 Jahre her. Es ging um eine Mauer, die die Israelis um das Westjordanland herum bauten und die den freien Durchgang zwischen dem Westjordanland und Ostjerusalem verhindern sollte. Diese Mauer wird als Apartheidmauer bezeichnet. Der IGH hat ein Urteil gefällt, in dem diese Mauer kritisiert wurde. Das ist nun 20 Jahre her. Die Vereinigten Staaten haben sich also ganz klar und direkt an der Untergrabung der Zwei-Staaten-Lösung beteiligt, sie tragen Mitschuld an der Untergrabung der Zwei-Staaten-Lösung.

Besteht heute noch die Möglichkeit einer Zwei-Staaten-Lösung? Sicherlich ist es wichtig, dass sie weiterhin zur Debatte steht, damit die Israelis morgen den Gazastreifen nicht annektieren. Ich denke, es ist wichtig, dass es einen Bruch gibt. Ist darüber hinaus eine Zwei-Staaten-Lösung umsetzbar? Das ist sehr schwierig. War sie das im Jahr '94? Unwahrscheinlich. Ich denke, die Palästinenser müssen ein Projekt vorlegen. Es liegt nicht an mir und Ihnen, zu entscheiden, ob eine Zwei-Staaten-Lösung eine gute Idee ist oder was eine gute Idee ist. Die Menschen dort müssen ihr eigenes Projekt vorlegen. Klar ist, dass der israelische Staat einen Einheitsstaat anstrebt, einen Apartheidstaat, der vom Jordan bis zum Mittelmeer reicht und in dem die Palästinenser Bürger zweiter Klasse sind, wie es sie jetzt schon innerhalb der Grenzen von 1948 sind. Das scheint das israelische Projekt zu sein, ein Ein-Staat-Apartheid-Staatsprojekt. Wofür die Palästinenser kämpfen werden, wird sich zeigen. Ich glaube nicht, dass eine Zwei-Staaten-Lösung völlig realisierbar ist. Aber wie gesagt, die Entscheidung darüber liegt nicht bei uns, sondern bei ihnen. Es wird viel über einen Einheitsstaat diskutiert, einen demokratischen Staat für alle Menschen, die zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer leben, für alle Menschen, gleiche Rechte und so weiter. Das würde natürlich die Idee des jüdischen Staates bedrohen, da die Bevölkerung dann nahezu gleich groß wäre. Gibt es einen Platz für einen jüdischen Staat auf diesem Planeten? Ist es akzeptabel, irgendeinen Staat, einen muslimischen Staat, neben einem jüdischen Staat zu haben? Sind diese Dinge annehmbar? Ich neige dazu, einen republikanischen Prozess zu bevorzugen, in dem es Minderheitenrechte und dergleichen gibt, aber nicht einen nationalistischen Staat. Das ist das alte europäische Konzept, das meiner Meinung nach wirklich zu viele Kriege über einen zu langen Zeitraum verursacht hat; sozusagen der

Kirchenstaat-Nexus. Ich hoffe, dass dies nicht etwas ist, was die Menschen akzeptabel finden. Wissen Sie, unabhängig von den Verbrechen des Holocausts glaube ich nicht, dass die Verbrechen des Holocausts notwendigerweise zu einem ethno-nationalistischen Staat führen. Ich halte das an sich für eine schlechte Idee. Aber wie gesagt, das müssen die Menschen politisch ausarbeiten.

ZR: Immer wenn sich in Deutschland der 24. Februar nähert, der zweite Jahrestag der russischen Invasion in der Ukraine, werden im Vorfeld zahlreiche Berichte und Dokumentationen veröffentlicht, die am 24. Februar ihren Höhepunkt erreichen. Die deutschen Medien konzentrieren sich in ihrer Sendezeit stark auf die Schrecken des Krieges, die die russische Invasion ausgelöst hat. Nicht nur die Häufigkeit der Berichterstattung steigt rapide an, sondern auch die Qualität der Berichte, die sich detailliert und emotional mit den Opfern des Krieges befassen. Andererseits wird jedes Jahr am 20. März, dem Tag, an dem die USA in den Irak einmarschierten und Massenvernichtungswaffen einsetzten, die acht- bis neunmal so viele Menschen töteten wie im Ukraine-Krieg (konservative Schätzungen gehen von 300 bis 350 000 getöteten Zivilisten aus), keine derartige Berichterstattung gezeigt. Obwohl der Krieg mehr Zivilisten tötete, größere Auswirkungen auf den Nahen Osten hatte, brutaler war und sogar die Voraussetzungen für die Flüchtlingskrise schuf, die Europa seit 2015 bis heute erlebt, erhalten wir selten, wenn überhaupt, die quantitativ und qualitativ ausführliche Berichterstattung, die wir von der Ukraine gewöhnt sind. Die führende deutsche Nachrichtensendung, die Tagesschau, erwähnte den Irak-Krieg am 20. März zur besten Sendezeit um 20 Uhr nicht einmal, geschweige denn, dass sie ihm gedachte. Können Sie als jemand, der viel über den Irak-Krieg geschrieben hat, etwas zu der Diskrepanz in der Medienberichterstattung sagen und anschließend das Vermächtnis dieses Krieges bewerten?

VP: Es tut mir sehr leid zu hören, dass die deutschen Medien nicht über den Jahrestag des Irakkrieges berichtet haben. Ich war mir dessen nicht bewusst. Das tut mir sehr leid, denn 2002, 2003 machte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder einige interessante Aussagen über den Krieg, der gegen den Irak geführt werden sollte. Die deutsche Regierung war damals nicht bereit, das zu unterstützen. Und ich denke, es ist eine Schande, dass die Medien sich heute nicht daran erinnern, dass sie nicht daran gedenken. Ich meine, Herr Schröder selbst ist am Leben und gesund. Warum hat er sich nicht öffentlich geäußert und gesagt: Erinnern Sie sich, 2002 waren viele europäische Länder, darunter auch Frankreich, nicht glücklich über die Einleitung des Krieges gegen das irakische Volk, eines illegalen Krieges, weil es keine UN-Resolution gab. Ich weiß, dass Gerhard Schröder ein wenig über die Ukraine gesprochen hat und wahrscheinlich den Zustand seiner eigenen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, beklagt, aber wo ist er? Warum denkt er nicht all diese Jahre später über diesen hässlichen, schrecklichen Angriff auf den Irak nach, der am Ende wahrscheinlich mehr als eine Million Menschenleben gekostet hat, vielleicht sogar mehr; einschließlich des Einsatzes von abgereichertem Uran in Falludscha und Ramadi, 30.000 getötete Zivilisten in Mosul im Krieg gegen ISIS. Ich meine, wo bleibt das Gedenken an diese Opfer? Hat der Irak das wirklich verdient? Die Art und Weise, wie „Shock and Awe“ die gesamte Infrastruktur des Landes, das Stromnetz, die Wasseraufbereitungsanlagen, die Krankenhäuser zerstörte, Sie wissen schon, die barbarische Bombardierung des Landes, die

live im amerikanischen Fernsehen gezeigt und dann in die Haushalte der ganzen Welt übertragen wurde. Grotesk. Der Angriff auf Journalisten und dann, natürlich, willkürliche Kriegsverbrechen, von denen eines von Julian Assange, Wikileaks, dank Chelsea Manning aufgedeckt wurde. Dabei handelte es sich um einen Hubschrauberangriff auf Zivilisten, darunter zwei Journalisten in der Stadt Bagdad im Jahr 2007. Die beiden Journalisten wurden getötet, einer von ihnen trug seine Kamera bei sich, die der Hubschrauberpilot für eine Waffe ausgab, und die beiden wurden einfach erschossen. Wo bleibt da die Erinnerung? Und es ist erst kürzlich geschehen. Es ist unglaublich. Ich habe über diesen Krieg berichtet. Ich habe Erinnerungen an Orte wie die Stadt Bagdad. Wo ist die Berichterstattung? Und ich bin eigentlich - es tut mir leid, das sagen zu müssen - sehr enttäuscht von den deutschen Medien. Auch hier bin ich aus gutem Grund, aufgrund der Position der Regierung im Jahr 2003, überrascht und entsetzt, dass es keine Medien gibt, die bereit sind, zurückzuschauen und zu sagen: Mein Gott, lasst uns daran erinnern, denn es war abscheulich. Aber ich nehme an, dass es sich dabei ausschließlich um Propaganda handelt, die die Erwähnung dieses Krieges verhindert, weil sich die Vereinigten Staaten, die Deutschen und andere gerade in der Ukraine im Krieg befinden. Und ich denke, wenn sie den hässlichen Krieg im Irak erwähnen würden, könnte das die Leute zum Nachdenken bringen: Nun, was ist in der Ukraine los? Warum ist die NATO in einen Konflikt an der russischen Grenze verwickelt?

Eines der Dinge, über die ich viel nachgedacht habe, betrifft den Krieg im Sinne von Territorium. Die Ukraine befindet sich neben Russland. Das ist ihr Schicksal. Das ist der Ort, an dem die Ukraine existiert. Die Ukraine kann nirgendwo anders hingehen. Sie muss sich mit den Russen arrangieren, so wie die Iraker und die Iraner acht Jahre lang einen hässlichen Krieg geführt haben. Damals lieferte die deutsche Regierung den Irakern Senfgas, um es gegen die Iraner einzusetzen. Schließlich mussten sie sich mit der Tatsache abfinden, dass wir neben ihnen leben müssen, und dass wir Nachbarn sind und in gewisser Weise eine gemeinsame Kultur haben, dass Teile des Iraks eine gemeinsame Kultur mit dem Iran pflegen und so weiter, dass wir nebeneinander leben und uns miteinander arrangieren müssen. Und in gewissem Sinne ist es eine Schande, dass die Ukraine zur Fortsetzung dieses Krieges auf Kosten des ukrainischen Volkes angestiftet wird. Und ich denke, Sie haben Recht, diese beiden Dinge miteinander zu verbinden, nämlich dass es das Zögern über die Situation in der Ukraine ist, welches selbst die wichtigsten deutschen Medien davon abhält, an einen Krieg zu erinnern, der von einem Großteil der deutschen Öffentlichkeit abgelehnt wurde. Und das ist der Krieg gegen das irakische Volk. Und ich wage zu behaupten, dass immer größere Teile der deutschen Öffentlichkeit gegen eine zunehmende Unterstützung des Krieges in der Ukraine sind. Die Inflation in Deutschland, das Gefühl der Verzweiflung über den Krieg wird eine neue Mehrheit schaffen. Und ich bin gespannt, wie die Europawahlen in Deutschland verlaufen. Die Bundestagswahl wird ebenfalls sehr aufschlussreich sein, um zu verfolgen, wohin sich die Öffentlichkeit bewegt, die, wie ich glaube, mit der Kultur der Kriegstreiberei zutiefst unzufrieden ist.

ZR: Am 22. März verübte der Islamische Staat einen Terroranschlag auf ein Konzerthaus in der Nähe von Moskau, bei dem etwa 143 Menschen getötet wurden. Die vier Bewaffneten sowie sieben weitere Personen, die mit den Anschlägen in Verbindung stehen, wurden von

den russischen Behörden schnell gefasst und verhaftet und wegen Terrorismus angeklagt. Die in Afghanistan ansässige Provinz Islamischer Staat Chorasán (ISKP) übernahm die Verantwortung für diese Anschläge. Der russische Präsident Wladimir Putin erklärte jedoch, dass es einige Hinweise auf eine Verbindung zu Kiew gebe. Konkret sagte er, dass diese Terroristen in Kontakt mit der Ukraine standen und versuchten, einen von der Ukraine bereitgestellten Korridor zur Flucht zu nutzen. Es wurden jedoch keine Beweise vorgelegt, die diese Version stützen. Nach diesen Anschlägen haben die europäischen Länder die Terrorwarnungen erhöht und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit ergriffen. Lange Zeit schien es, als würde der islamische Terrorismus nach der Zerschlagung des Islamischen Staates im Irak und in Syrien abnehmen. Doch jetzt scheint er wieder aufzutauchen. Können Sie eine Einschätzung dieses Wiederauflebens geben?

VP: Es ist nicht eindeutig, dass der islamische Terrorismus oder rechtsgerichtete, islamistische Terroristen zurückkehren. Es ist nicht klar. Das war nur ein Anschlag. Es gab eine lange Periode relativer Ruhe, in gewisser Weise. Lassen Sie uns also auf etwas Interessantes zurückkommen. Erstens: Die meisten der an dem Anschlag beteiligten Männer scheinen aus Tadschikistan zu stammen. Ich erinnere mich, dass in Westsyrien eine Reihe von Menschen aus Tadschikistan, Usbekistan, aus der chinesischen Provinz Xinjiang usw. als Kämpfer zu den verschiedenen Al-Qaida-Gruppen gekommen waren. Damals waren sie hauptsächlich bei Al-Qaida, und dann gingen einige von ihnen zu ISIS. Das war also eine Brutstätte für viele dieser zentralasiatischen, islamistischen Radikalen, die, wie ich bereits sagte, auch aus der chinesischen Provinz Xinjiang kamen. Es gab dort auch uigurische Radikale, die ostturkmenische Gruppe und so weiter. Diese Gruppierungen wurden also durch die russische Militärintervention im Jahr 2015 unter Druck gesetzt. Russland hat in Syrien militärisch interveniert, um die Regierung von Bashar al-Assad zu verteidigen und um den russischen Marinehafen in Tartus, Latakia, zu schützen. Es gibt also eine Vorgeschichte der direkten Konfrontation Russlands mit diesen zentralasiatischen Kämpfern in Syrien. Es ist also sehr plausibel, dass es sich hier um einen Racheangriff handelt. Aber mein Gott, das war vor neun Jahren, als Russland in Syrien intervenierte, aber es ist sehr gut möglich, dass dies damit zusammenhängt.

Einer von ihnen scheint ukrainische Papiere gehabt zu haben. Das ist die Grundlage, auf der Herr Putin diese Erklärungen abgab. Einer von ihnen hatte ukrainische Papiere, und sie waren offenbar auf dem Weg in die Ukraine. Es ist schwer zu sagen, wissen Sie, ich habe über eine Reihe dieser Anschläge berichtet, und oft sind die Verhöre nach der Tat extrem brutal, und es ist sehr schwierig herauszufinden, ob die von den Angreifern vorgelegten Beweise eine Grundlage in der Realität haben. Man darf nicht vergessen, dass auch der Vernehmungsbeamte ein bestimmtes Narrativ im Kopf hat, wenn er den Vernehmungsraum betritt. Russland befindet sich im Krieg mit der Ukraine, und Sie haben Leute, die einen Anschlag verübt haben, und denen man Fragen stellt: „Haben Sie irgendeine Verbindung zur Ukraine?“ Klatsch. „Haben Sie eine Verbindung zur Ukraine?“ Ohrfeige. Wer weiß schon, was im Verhörraum passiert und was die Leute sagen. Spätestens seit den 1990er Jahren haben wir viele Erfahrungen mit Terroranschlägen der einen oder anderen Art gemacht, bei denen dann ziemlich interessante Geschichten zutage kamen. Es ist nicht unmöglich, dass ein

ukrainischer Geheimdienst, Sie wissen schon, der SBU, es ist nicht unmöglich, dass dieser Geheimdienst eine Gruppe von tadschikischen Kämpfern gefunden hat, die über die russische Intervention in Syrien aufgebracht waren, und beschlossen hat, sie zu einem solchen Anschlag anzuleiten. Es ist auch nicht unmöglich, dass die Vereinigten Staaten ein paar Gerüchte aufgeschnappt und dann diese Warnung herausgegeben haben. Nicht unmöglich, aber ich meine, es ist wirklich schwer zu beurteilen, was genau passiert ist. Es ist sehr schwer zu sagen. Es ist nicht so, dass diese sieben oder elf Männer einer unabhängigen Behörde übergeben werden oder dass unabhängige Journalisten sie befragen werden. Das wird nicht geschehen. Wir werden die Informationen, die wir erhalten, vom russischen Staat bekommen. Sie befinden sich mitten in einem Krieg mit der Ukraine und so fort. Es wird einen Weg geben, wie diese Geschichte zur Realität passen könnte. Wir wissen nicht, was passieren wird. Ich meine, dies ist nicht der erste Anschlag dieser Art in Russland. Herr Putin als Präsident hat das schon einmal erlebt, während des zweiten Krieges gegen die Tschetschenen, den er geführt hat. Es gab eine Reihe von Anschlägen in Moskau. Und auch danach gab es noch einige Anschläge. Das ist nicht ungewöhnlich. Russland selbst hat aufgrund der Dagestan- und Tschetschenienkrise, die sich während der Zeit von Herrn Jelzin entwickelte, ein Problem mit der Militanz. Sie erinnern sich vielleicht, dass der erste Tschetschenienkrieg unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion stattfand. Es ist also nicht klar, was genau hier passiert, aber ich traue es dem SBU, dem ukrainischen Geheimdienst zu, dass er mit losen Fäden in Russland oder in Syrien herumspielt. Wer weiß, was passiert ist, wer weiß, ob der US-Geheimdienst involviert war, verstehen Sie? Das sind alles Realitäten. Wir brauchen hier keine Verschwörungstheoretiker zu sein. Es ist Realität, dass sich Geheimdienste in solche Dinge einmischen. Dafür gibt es reichlich historische Beweise. Wir haben nur keine Beweise für diesen Fall. Und vielleicht werden wir auch nie Beweise dafür bekommen.

ZR: Die USA sind seit Beginn des Krieges einer der größten Unterstützer der Ukraine. Ihre Unterstützung hat jedoch nachgelassen, und sie waren aus innenpolitischen Gründen nicht in der Lage, ein Hilfspaket in Höhe von 60 Milliarden Dollar für die Ukraine zu verabschieden. Daher wird Europa nun aktiv. So haben sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in der vergangenen Woche grundsätzlich darauf geeinigt, die Gewinne aus den Zinsen für die eingefrorenen Vermögenswerte des russischen Staatsvermögens zu verwenden und sie der Ukraine zu überlassen. Dies würde 3 Milliarden Euro einbringen und könnte bis zum Sommer an die Ukraine ausgezahlt werden. 90 % würden an das Militär und 10 % in den Wiederaufbau fließen. Darüber hinaus kündigte Deutschland auf der 20. Sitzung der Kontaktgruppe für die Verteidigung der Ukraine auf der Luftwaffenbasis Ramstein weitere 500 Milliarden Euro an Militärhilfe für die Ukraine an, darunter Munition und gepanzerte Fahrzeuge. Bislang hat Deutschland rund 28 Milliarden Euro zur Unterstützung der Ukraine bereitgestellt. Und der deutsche Bundeskanzler hat mehrfach erklärt, dass die Unterstützung für die Ukraine so lange andauern wird, wie es nötig ist. Glauben Sie, dass Europa seine Unterstützung für die Ukraine aufrechterhalten kann, wenn die Vereinigten Staaten nicht einlenken? Und wie hoch wird Ihrer Meinung nach der Preis für Europa und für die Ukraine sein?

VP: Viel Glück für Europa bei der Unterstützung der Ukraine in diesem Umfang. Die Vereinigten Staaten versuchten, 60 Milliarden Dollar bereitzustellen, wie Sie erwähnten, und landeten bei 300 Millionen. Sie werden nicht finanzieren. Unabhängig davon, ob Biden die Wahl im November gewinnt oder Trump, werden die Mittel der USA zurückgehen. Viel Glück für Europa. Im Moment hat Deutschland einen militärischen Nothaushalt. Dieser wird auslaufen. Die deutschen Militärausgaben belaufen sich auf etwa 1,3 % des BIP und liegen damit 0,7 % unter der 2 %-Schwelle. Kann Deutschland die 2 %-Schwelle erreichen? Nur durch Kürzung der öffentlichen Ausgaben. Sozialausgaben, Ausgaben für Gesundheit, Ausgaben für Bildung, Ausgaben für Infrastruktur. In der Tat ist es sehr interessant, dass die europäischen Regierungen in letzter Zeit erklärt haben, sie würden den Europäischen Souveränitätsfonds und die Europäische Investitionsbank unter Druck setzen. Die Europäische Investitionsbank wurde im Jahr 2019 gegründet. Der Zweck der Europäischen Investitionsbank war es, die Investitionen in das Klima zu erhöhen, in den Klimawandel, in grüne Technologien und so weiter. Nein, jetzt werden sie, die Europäische Investitionsbank und der Europäische Souveränitätsfonds, zur Finanzierung der Verteidigung eingesetzt. Sie gehen also vom Klima zur Verteidigung über, während die US-Regierung gleichzeitig Druck auf China ausübt, damit es nicht so viele Solarzellen und Ähnliches exportiert. Sie würden zu viel Kapazität auf den Markt bringen. Sie schaden den US-amerikanischen Unternehmen für grüne Technologien. Europa verlagert also seine Investitionsverpflichtungen im Bereich des Klimaschutzes in den Verteidigungsbereich, während gleichzeitig Druck auf China ausgeübt wird, keine Solarzellen usw. nach Europa zu exportieren, weil die USA diese viel teurer exportieren wollen. Die Regierungen – nicht nur die von Olaf Scholz, sondern auch die der Grünen, die in der Koalition sind – treffen also Entscheidungen. Daher entscheiden sich die Grünen in Deutschland dafür, alle verfügbaren Investitionsmittel lieber für die Verteidigung als für grüne Technologie zu verwenden. Das ist unglaublich. Das sollte eigentlich ein Skandal sein. Und auf der anderen Seite sind sie bereit, Sozialleistungen zu kürzen, um auf 2 % des BIP zu kommen. Und ich war sehr interessiert an einer Geschichte, die in den Leitmedien erschien und die besagte, dass Deutschland, wenn es in einen Krieg verwickelt würde, nur über Rüstungsgüter verfügt, die für zwei Tage reichen – zwei Tage.

ZR: Ja, die deutschen Militärausgaben sind von Jahr zu Jahr gestiegen, und gleichzeitig erleben wir massive Ausgabenkürzungen, sei es im Sozialbereich, im Umweltbereich, bei der Infrastruktur, im Grunde überall. Halten Sie es für möglich, dass Deutschland wieder zu einem wirtschaftlichen Kraftzentrum wird? Dieses Exportmodell, das es einmal besaß, ohne bessere Beziehungen zu Russland zu unterhalten?

VP: Es ist Wahnsinn. Es tut mir leid, dass ich so ein Wort in den Mund nehme, aber es ist Wahnsinn, verstehen Sie? Nehmen wir nur den Fall der Energie. Deutschland hat ein Energiedefizit. Sie haben eigentlich zwei Energiequellen, die Sie am Laufen halten könnten. Aber sie würden eine echte Herausforderung für das deutsche Selbstbild bedeuten. Zum einen können Sie auf Kohle oder Holz zurückgreifen, die mit ihnen verbunden sind. Sie haben den Schwarzwald. Im Schwarzwald gibt es eine Menge Energie, man kann die Bäume fällen und verbrennen. Das ist eine Form von Energie, die Deutschland hat. Die zweite ist die Kernenergie. Die Grünen können ihr Versprechen zurücknehmen, was sie bereits getan

haben, nämlich die Kernkraftwerke abzuschalten und sie dann wieder anzufahren und neue zu eröffnen. Das sind zwei, ich zitiere, "einheimische Energiequellen". Ich spreche nicht von der Wasserkraft, die keine so große Rolle spielt. Aber das sind zwei. Drittens können Sie Erdgas aus Russland beziehen. Sie können es über Rohrleitungen einführen. Man könnte eine Pipeline bauen, die durch die Ostsee führt. Oh, warten Sie mal. Sie hatten bereits eine. Sie hießen Nord Stream One und Nord Stream Two. Sie wurden in die Luft gesprengt. Aber Pipelines sind eine viel billigere und umweltfreundlichere Form des Transports großer Gasmengen. Hier ist die verrückte Idee. Die Vereinigten Staaten gewinnen Gas aus Schiefergasfeldern in Kanada und in Teilen der USA, richtig? Das ist extrem gefährlich für die Umwelt. Sie pumpen Wasser unter hohem Druck, um das Gas aus dem Schieferfeld zu holen. Dann wird das Gas in Pipelines nach New Orleans transportiert, wo es verflüssigt wird, und dann wird die flüssige Form des Gases auf einen Tanker verladen. Dann wird die Flüssigkeit über den Atlantischen Ozean transportiert. Es kommt in Hamburg oder irgendwo an einem Terminal an, der erst noch gebaut werden muss. Sie haben noch nicht genug Kapazität. Und dann wird die flüssige Form des Gases wieder in Gas umgewandelt und in die Haushalte geleitet. Das ist sehr teuer, und es ist katastrophal für die Umwelt. In Kanada gibt es Menschen, die sagen: „Bitte tun Sie das nicht. Sie verursachen Erschütterungen in der Erde, setzen alle Arten von Giftstoffen frei und verschmutzen unsere Wasserversorgung“. All das, die Beschwerden der Menschen in Kanada – das war übrigens auch der große Protest in den Vereinigten Staaten gegen die Pipeline, die gebaut wurde. Deutschland hat also die Wahl: Sie haben sich für eine feindliche Beziehung zu Russland entschieden, das Sie ganz einfach mit Erdgas versorgen könnte, und stattdessen setzen Sie wieder einmal auf die Vereinigten Staaten, deren Gasbeschaffung unsinnig und teuer ist. Irgendwann wird man sich mit Russland arrangieren müssen. Und eine solche Vereinbarung wird Russland Sicherheitsgarantien einräumen müssen. Russland ist meiner Meinung nach keine aggressive Macht, auch wenn es eine Invasion in die Ukraine durchgeführt hat. Es agiert eher defensiv. Die Russen haben schon oft gesagt: Wir wollen Sicherheitsgarantien. Warum wird ihnen nicht garantiert, dass keine Angriffsraketen über die deutsche Grenze hinausgehen? Es werden keine offensiven Raketen in der Ukraine oder in Georgien oder in Litauen, Estland oder sonst wo stationiert. Warum gibt man ihnen nicht eine Garantie? Die Vereinigten Staaten haben alle Rüstungskontrollverträge aufgekündigt: den Vertrag über ballistische Raketen von 2002, den Vertrag über nukleare Mittelstreckenraketen von 2019, die USA haben sie einseitig aufgekündigt. Das sorgt für Unruhe in Moskau und in Peking. Warum sollte man nicht ein vernünftiges Rüstungskontrollregime ausarbeiten, Sicherheitsgarantien geben und eine dauerhafte Lösung für die Ukraine finden? Sie können sich jetzt schon vorstellen, wie eine Einigung aussehen wird, und dann geht es weiter mit dem Neustart. Sagen wir Nord Stream 3. Und schon werden die Energiepreise erheblich sinken. Wir haben nicht nur den Haushaltsverbrauch, sondern auch den industriellen Verbrauch, wo die Preise, wenn sie zu hoch sind, deutsche Waren absolut aus dem Markt drängen.

ZR: Vijay Prashad, Autor, Historiker und Journalist. Vielen Dank für Ihre Zeit heute.

VP: Vielen Dank.

ZR: Und danke für Ihr Interesse heute. Bitte vergessen Sie nicht, unseren alternativen Kanälen auf Rumble, Telegram und unserem Podcast Podbean beizutreten. YouTube, das sich im Besitz von Google befindet, kann uns jederzeit mit einem Shadowban belegen und zensieren. Deshalb bitten wir alle unsere Zuschauer, sich noch heute uns anzumelden, und nicht erst, wenn es zu spät ist, denn wenn wir erst einmal zensiert oder blockiert sind, können wir Sie nicht mehr erreichen. Die Links zu diesen Plattformen finden Sie in der Beschreibung dieses Videos unten. Und wenn Sie unsere Videos regelmäßig sehen, unterstützen Sie uns mit einem Dauerauftrag über Patreon, PayPal oder ein Bankkonto. Wenn alle unsere 145.000 Abonnenten uns jeden Monat ein paar Euro spenden würden, könnten wir die Kosten für die nächsten vier bis fünf Jahre decken. Das Grundprinzip unseres Journalismus ist es, kein Geld von Regierungen oder Konzernen anzunehmen, daher sind wir nur auf Sie angewiesen, um unsere Arbeit fortzusetzen. Vielen Dank, dass Sie heute zugeschaut haben. Ich bin Ihr Gastgeber, Zain Raza, und wir sehen uns beim nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO: Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	PAYPAL: E-Mail: PayPal@acTVism.org	PATREON: https://www.patreon.com/acTVism	BETTERPLACE: Link: Klicken Sie hier
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org